

NOVEMBER

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, SPÖ, AKS, & ÖGB

Nr. 36 1993

Preis öS 7.- Solidaritätspreis öS 10.-

Stoppt FPÖ!

Haider gibt vor, das Land grundlegend neuern zu wollen. "Saubere Politik" und "Österreich zuerst" sind die Slogans, mit denen er angetreten ist, um dem "morschen" System den Garaus zu machen. Doch was steckt hinter seinen großen Tönen. Was bedeuten seine Programme für uns Arbeitnehmer und Jugendbdliche?

Die FPÖ, Vorkämpfer für die Demokratie?

Was die FPÖ von demokratischen Rechten hält, ist leicht erklärt: Innerparteiliche Kritiker werden mundtot gemacht - wie die "Ruhegeldaffäre" Candussi, die Auswechslung von Klubobmann Gugerbauer, der Fall Mautner-Markhof,... beweisen. Wer nicht pariert - fliegt.
Doch auch für die große Politik haben

Haider und seine Kameraden einige Forderungen parat: bewaffnete Sondereinheiten des Innenministeriums, noch mehr Befugnisse für die Exekutive und deren Aufrüstung, alles in allem flotte Schritte schnurstracks zum Polizeistaat.

FPÖ und Privilegien - außen hui innen pfui!

Blauäugig verkünden die Blauen bei jeder Gelegenheit den Kampf gegen den Privilegiensumpf. Doch das die FPÖ selbst jährlich Millionen an staatlicher und privater Parteiförderung erhält, verschweigt sie nobel. Doch nicht nur die Partei selbst, sondern auch Ober-Sauberer Haider und Sauberfrau H. Schmidt haben bei näherem Hinsehen jede Menge Dreck am Stecken, seien es nun die öS 14,- (in Worten: vierzehn) die Jörgl lange Jahre für seinen

Inhalt:

Kampffonds.....	2
Österreichische Wirtschaft.....	3
SPÖ-Salzburg.....	4
Landeskonzferenz SJ-Salzburg.....	4
Treffpunkte.....	5
Landeskonzferenz Jusos-Vbg.....	5
SJ3-Bezirkskonferenz.....	5
Umwelt.....	6
Post-Privatisierung.....	6
Rassismus Mittelteil.....	7-10
USA.....	11
Autoindustrie.....	11
Stalinismus.....	12
Osteuropa.....	13
Krieg am Balkan.....	14
Somalia.....	15
Wohnen.....	16

millionenschweren Grundbesitz bezahlte, oder die unversteuerten ORF-Aufwandsschädigungen der Ex-Volksanwältin und Ex-Generalsekretärin Schmidt.

Die FPÖ - eine Partei des "großen Mannes"

Einwanderungsstopp, strenge Gesetze gegen Ausländer, die schwarz arbeiten, zumindest bis die dringenden sozialen Probleme gelöst seien.

Es stimmt, daß jede Menge soziale Mißstände existieren. Doch daran sind nicht die Ausländer schuld. Führende FPÖ-Politiker zeigen vor, wie Arbeitslosigkeit entsteht, Ausländer ausgewürgt werden und sozial schmarotzt wird:

Der FPÖ-Wirtschaftssprecher und Chef des Weißen Rössels (bekannt aus dem gleichnamigen Film) entläßt (laut profil) jedes Jahr praktisch seine gesamte Belegschaft zu Saisonende, diese muß sich arbeitslos melden und wird einige Monate später wieder eingestellt. Der Wirt spart Millionen an Gehältern, der Staat zahlt Millionen an Arbeitslosengeld und die Rösselangestellten fallen um sämtliche sozialen Rechte wie Kündigungsschutz, Abfertigung, ... um. Auf diesen Sachverhalt angesprochen, meinte der wirtshausbesitzende Abgeordnete: Die FPÖ ist ja ohnehin für eine Änderung des Sozialsystems.

Gegen ausländische Kolleginnen und Kollegen, die, weil sie keine Arbeitsgenehmigung erhalten haben, die gefährlichsten und schwersten Arbeiten um 20,- bis 40,- Schilling schwarz machen müssen, hetzt Haider. Doch nicht gegen deren Verrursacher die "Schwarzunternehmer". Die FPÖ ist die einzige Partei, die gegen eine schärfere Bestrafung solcher Bosse stimmte.

Kein Wunder, denn Haider selbst nimmt es ja (laut news) nichts so genau: In seinen Wäldern arbeiten nicht gemeldete Flüchtlinge unter katastrophalen Bedingungen.

Was tun?

Noch ist Zeit, diesem Spuk ein Ende zu machen. Haider ist im Moment der einzige, der Dinge wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot...anspricht, auch wenn er für diese Probleme nur seine ausländerfeindlichen Scheinlösungen anbietet. Die SPÖ-Führung versagt völlig angesichts des Drucks von rechts und

setzt in der Koalition mit der ÖVP weiter ihren arbeitnehmerfeindlichen Kurs fort. Das ist die Basis für den Erfolg der Rechten - die politisch schon längst in allen Bereichen dominieren. Auch die Gewerkschaftsführung sieht zu, wie unsere Zukunft demontiert wird. Nur

Kampffonds

FÜR EINE
SOZIALISTISCHE
ARBEITERZEITUNG
Unterstützt VORWÄRTS



VORWÄRTS schreitet heuer dem zehnten Jahrestag seiner Erstausgabe entgegen. Wir haben in diesem Jahrzehnt stark an Einfluß gewonnen und gehören heute zu den wenigen, die sich nicht schämen, sozialistische Ideen zu vertreten.

Während all dieser Zeit waren wir als unabhängige, marxistische Zeitung auf die Leser angewiesen. Keinerlei Subventionen von der Partei, der Gemeinde, Presseförderung oder sonst wem, keine Inserate, sondern der regelmäßige Zeitungsverkauf in der Arbeiterbewegung und der Linken sind unsere finanzielle Stütze. Und das ist auch gut so. Immer waren und sind wir auf Spenden und die Erlöse aus dem Zeitungsverkauf angewiesen, um erscheinen zu können.

Zwar haben wir das letzte Ziel um 5.000,- öS unterschritten, aber mit einiger Anstrengung werden wir unser neues Ziel von 275.000,- öS für 1993 erreichen. Dieser Betrag gewährleistet übrigens nur die Abdeckung der laufenden Ausgaben. Neuan-schaffungen, um unsere Zeitung professioneller zu machen, sind darin nicht enthalten. Überhaupt muß einmal klargestellt werden, daß die Beträge, die in der Zeitung als Kampffonds aufscheinen, lediglich Einnahmen sind, denen aber Ausgaben mindestens in derselben Höhe gegenüberstehen.

Optimistisch stimmen uns für diese "Plansollertüftung" zum Beispiel Tatsachen, wie daß eine Genossin monatlich 500,- öS spendet oder daß wir auf einer Demo am 9. 11. 1992 fast 3.000,- öS Einnahmen hatten und die Zeitung auch öfters um 20, 50 oder gar 100,- öS verkaufen.

Wir wollen hier allen Spendern danken. Wir hoffen, daß Ihr uns 1993 noch intensiver

eine grundlegende Veränderung in SPÖ und ÖGB von unten und ein damit verbundener sozialistischer Kurswechsel dieser Organisationen wäre imstande, der FPÖ eine wirkungsvolle Alternative entgegenzusetzen.

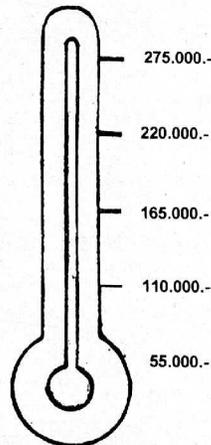
John Evers aus der SJ ausgeschlossen

unterstützt. Durch Mitarbeit in den Gruppen, in denen wir aktiv sind, durch Leserbriefe und Diskussionsbeiträge und durch zahlreiche Spenden, die wir immer gut brauchen können.

Nur so können wir unsere Verbreitung und Auflage erhöhen, was ja in Anbetracht der Hetzkampagne gegen sozialistische Ideen, die die bürgerlichen Medien tagtäglich betreiben, eine notwendige Sache ist.

Mit aller Kraft können wir 1993 die Bedeutung unserer Zeitung so erhöhen wie schon im letzten Jahr. Unser Kampf geht weiter.

Die Redaktion im Jänner 1993



**SPENDENKONTO
PSK 8812.733**

IMPRESSUM

Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes:
Eigentümer, Herausgeber und f.d.l.v. Verein VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, PF 2 1082 Wien
Vorstand:

Obfrau: S. Grusch/Slv.: A. Koch
Schriftführer: A. Koch/Slv.: J. Evers
Kassier: J. Evers/Slv.: S. Grusch
Blattlinie: Unabhängige sozialistische Information
Verbandsadresse: 1080 Wien, Stumpg. 11/3-4
Druck: A. Riegelink Parissteng 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien
Hergestellt aus Recycling-Papier

Wir wollen die Suppe nicht auslöffelndie ihr uns einbrockt!

Kaum eine Woche ohne Meldungen über Kündigungen und Pleiten, von einer "nach-Unten" Berichtigung der Wirtschaftszahlen oder einem neuen Vorschlag von Seiten der Unternehmer wie die Probleme auf die Arbeitenden abgewälzt werden.

Daß es der österreichischen Wirtschaft nicht besonders gut geht, ist kein Geheimnis, das Bruttoinlandsprodukt wuchs '92 nur um 1,8%, die Exporte gingen zurück, die Arbeitslosigkeit stieg. Da Österreich von Deutschland extrem abhängig ist, und die deutsche Wirtschaft große Probleme hat, ist die logische Folge für Österreich: es geht abwärts!

Die Folge davon ist ein Gewinnrückgang für die Unternehmer. Da sie das aber nicht wollen, versuchen sie alles, damit wir die Krise ausbaden.

Wir sollen ihre Krise zahlen

Besonders kreativ ist der Bundeswirtschaftskammerpräsident Maderthaler. Ständig kommt er mit neuen Vorschlägen zur Verbesserung der Situation der heimischen Wirtschaft. Eines haben alle Vorschläge gemeinsam - sie gehen auf Kosten der Arbeitnehmer. Seine Vorschläge reichen von 40-Stunden-Woche und Nulllohnrunde bis zur de facto Bestrafung von Arbeitern, die krank werden.

Wir haben schon bisher gezahlt

Die Fakten beweisen es. 1991 verdienten 620.000 Arbeitnehmer weniger als 12.000,- brutto. Der Mittelwert für den monatlichen Nettobezug eines Arbeiters lag 1992 bei 11.550,- - 50% liegen darunter!

Die Krankenstände sind in den letzten Jahren stark zurückgegangen. 10% der Österreicher bleiben selbst bei ersten Krankheiten nicht zuhause. Dafür gibt es extrem viele Arbeitsunfälle, 170.000 Unfallopfer gab es 1991 - das sind aber nur jene, die zumindestens 3 Tage in Krankenstand gehen mußten, aber auch jene die einen Unfall nicht überlebten. Schuld an dieser katastrophalen Gesundheitsstatistik ist vielfach erhöhter Arbeitsstress und ein Tempo, das meist nur eingehalten werden kann, wenn die Schutzvorrichtungen beiseite geschoben

werden.

Auf dem Papier gab es 1992 Lohnerhöhungen - durch die Inflation wurden daraus aber letztendlich für die meisten Nettoealohnverluste. Die Arbeitslosenrate ist auf knapp 6% gestiegen - allein 20.000 Arbeitsplätze gingen in der Industrie verloren. Dramatisch ist z.B. die Situation für die Textilarbeiterinnen. Sie waren schon bisher miserabel bezahlt. Viele von ihnen verlieren nun auch diesen Job, der oft die einzige Beschäftigungsmöglichkeit ist. Vor allem jene Industriezweige, die viele Arbeitskräfte brauchen, wandern immer mehr ins Ausland ab. Weitere 50-100.000 Arbeitsplätze werden so verloren gehen. Ersatz sollen diese in der Baubranche und im Fremdenverkehr finden. Aber gerade diese Branchen reagieren als erste auf die verschlechterte Lage und reduzieren den Personalstand. Wenn wir nun niedrigere Löhne und Lohnnebenkosten haben, werden sie dann bleiben? Nein, denn auch in anderen Ländern arbeiten die Unternehmer mit demselben Trick. Auch in Spanien, Portugal, in den Ländern Osteuropas und der "3. Welt" sagen die Unternehmer: "die Löhne sind zu hoch".

Vorteile bringt, soll noch gewartet werden. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen.

Es soll auf unsere Kosten gespart werden. Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich, Kürzungen der Reallohne, Steuer-geschenke für Unternehmer gilt es durchzusetzen, um die Gewinne zu sichern.

Von Umweltschutz spricht man zur Zeit nicht mehr. Denn in Zeiten von wirtschaftlichen Problemen ist "für sowas kein Geld da". Komisch ist nur, daß auch in Zeiten des Aufschwungs "kein Geld für sowas da ist". Einmal muß das Geld gesichert werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben, das andere Mal um wettbewerbsfähig zu werden. Die Ausreden sind verschieden, das Ergebnis dasselbe.

1992 war ein Rekordjahr für Konkurse in Österreich. Aber 1993 wird wohl diesbezüglich noch "besser". Wer leidet darunter, wenn ein Betrieb schließt. Sicher, der Unternehmer hat kurzfristig keine Gewinne. Aber meistens schafft er noch rechtzeitig vorher genug Geld beiseite, um nicht am "Hungertuch" zu nagen. Die Arbeiter aber werden entlassen und haben oft geringe Chancen auf einen neuen Job, vor allem wenn sie über 45-50 Jahre alt sind.

Die Zukunft sieht für uns alles andere als



Zweierlei Maß

Für 1994 ist die 2. Etappe der Steuerreform geplant. Die Unternehmer fordern nun massiv, jenen Teil der Steuerreform, von dem sie profitieren, vorzuziehen. Steuererleichterungen, Kürzung des Unternehmerteils der Lohnnebenkosten, Freibeträge... so sieht das Paradies des Unternehmers aus. Mit jenem Teil der Steuerreform aber, der den Arbeitnehmern

rosig aus. Die Unternehmer werden immer alles daran setzen, ihre Profite zu sichern. Wir müssen dafür kämpfen, daß dieses System, daß ein Problem nach dem anderen schafft, und keines lösen kann, beseitigt wird. Wir müssen verhindern, daß sich Wenige auf Kosten vieler bereichern können.

Sonja Grusch
aus der SJ ausgeschlossen

Salzburg: Krise in der SPÖ

Nach der schweren Niederlage der Salzburg SPÖ bei den Gemeinderatswahlen am 4. Oktober 1992, bei der die SPÖ eine Halbierung der Stimmen von 30.000 auf 15.000 hinnehmen mußte, traten im November 4 Gemeinderäte und zahlreiche Mitglieder aus der Partei aus. Bei der Bürgermeisterwahl mußte die SPÖ den Posten des Bürgermeisters an die ÖVP abgeben.

Durch die Wahlniederlage sind die internen Konflikte in der SPÖ an die Öffentlichkeit gekommen. Die Parteispitze um Landesparteivorsitzenden Buchleitner und Bürgermeister Lettner machten Vizebürgermeister Fartacek, der sich für Kultur- und Sozialalternativen einsetzte, für die Wahlschlappe verantwortlich. Durch seine oft unkonventionelle Politik schaffte er sich das Image eines "linken Querdenkers". In der Realität war seine Politik oft abgehoben, seine Projekte ohne Basisbezug.

Er wurde von anonymen SPÖ-Gremien aus der künftigen Stadregierung hinausgestrichen. Daraufhin gründete sich eine Plattform mit Unterschriftenlisten für die Fortsetzung der bisherigen kulturpolitischen Arbeit in der Stadt Salzburg. Die Hälfte derer, die Fartacek unterstützten, hatten jedoch bei der Gemeinderatswahl nicht Fartacek und somit auch nicht SPÖ gewählt.

Nach der Gemeinderatswahl begann der Kampf um das Salzburger Stadtoberhaupt. Der bisherige und unumstrittene SPÖ-Bürgermeister Lettner blieb trotz der schweren Niederlage Spitzenkandidat der SPÖ. Doch da mit diesem Kandidaten nur mit einer Niederlage zu rechnen war und sich auch Parteivorsitzender Vranitzky für einen Alternativkandidaten einsetzte, trat Lettner zurück und Heinz Schaden wurde nominiert. Letzteres gelang nur unter großem Druck und gegen den Willen der Lettner-Gegner, die den fallengelassenen Vizebürgermeister Fartacek unterstützten. Die SPÖ-Kandidaten, die nicht auf ihre Mandate zugunsten Schadens verzichteten, sollten sogar wegen "parteischädigendem" Verhalten aus der SPÖ ausgeschlossen werden. In dem internen Machtkampf ging es auch darum, die Gegner der Gewerkschaftsbönnen auszuschalten.

Kurz vor der Bürgermeisterwahl traten Fartacek, Erich Peyerl, Gertrude Fabris und Christa Schlager (alles Gemeinderäte)

aus der Partei aus. Nach Aussage von Fartacek wollten sie sich nicht mehr in Fraktionen zwingen lassen. Bei der Bürgermeisterwahl wurde dann der ÖVP Kandidat Dechant mit den Stimmen der ÖVP, FPÖ, Autofahrerpartei, Liste "Masopust" und jenen von drei der aus der SPÖ ausgetretenen Gemeinderäte gewählt.

Vorerst verblieben die vier Ausgetretenen als wilde Abgeordnete im Gemeinderat. Dann gründeten sie eine neue Partei mit dem Namen "Demokratie 92". Die Gründer schätzen ihre Unterstützung mit bis zu 10% ein und wollen ein links-intellektuelles Spektrum und auch Grün-Wähler ansprechen. Verankerung in der Arbeiterklasse ist nicht vorhanden und die Politik dieser Partei wird auch nicht die Arbeitermassen anziehen. Die Wahl des ÖVP-Kandidaten zeigt auch, daß sie nicht daran interessiert sind, die linken Kräfte in der SPÖ zu unterstützen. Fartacek hat privat

eine Wähleranalyse in Auftrag gegeben, dabei hat sich herausgestellt, daß die SPÖ nur von 4% der jugendlichen Wähler unterstützt werden. Die SPÖ-Führung hat die Quittung für ihre abgehobene, arbeiterfeindliche und präpotente Politik erhalten. Wir unterstützen jedoch nicht die Haltung Fartaceks, da er nicht versucht, durch eine wirklich sozialistische Politik die soziale Basis der SPÖ, Arbeitnehmer und Jugendliche, anzusprechen. Das Verhalten bei der Bürgermeisterwahl war katastrophal und zeigt den abgehobenen Hintergrund von Fartacek & Co am Besten auf. Die Austritte aus der SPÖ haben nicht die Demokratie bereichert, sondern nur die SPÖ weiter geschwächt und damit die Allmacht der bürokratischen SPÖ-Führung gestärkt. Die Aufgabe die sich nun stellt, einen linken Flügel in der SPÖ aufzubauen, hat uns Fartacek sicher nicht erleichtert.

Claudia Sorger
SJ Salzburg/ Gruppe Aufbruch

Landeskonzferenz SJ Salzburg

Am 7. November fand die Landeskonzferenz der Sozialistischen Jugend (SJ) Salzburg, gemeinsam mit der Jungen Generation (JG) statt.

Die Konfrontation zwischen der SJ-Gruppe "Aufbruch" und dem bürokratischen Landesvorstand erreichte einen neuen Höhepunkt. Ein Monat vor der Konferenz rechneten wir damit, daß einige "Aufbruch"-Aktivisten in den Landesvorstand hineingewählt würden, da wir die Mehrheit der Aktivisten in Salzburg stellen. Doch schon lange vorher wurden AKS'ler, JG'ler und sogar Gemeinderäte vom Landesvorstand zu SJ-Mitgliedern gemacht, damit sie gegen uns stimmen würden. Von einigen Bürokraten wurde sogar behauptet, daß die "trotzkistische Übernahme" möglich wäre und man alles tun müsse, um dem entgegenzuwirken. Sogar von der Auflösung der SJ-Salzburg und einer Neugründung als Sozialdemokratischen Jugend wurde gesprochen, falls wir die Wahlen gewinnen würden.

Zunächst dominierten die SJ-Aufbruch-Aktivisten die Konferenz. Um so größer war dann die Verwunderung als zu Beginn der Wahlen fremde Gesichter auftauchten,

die SJ-Mitglieder, aber noch nie zuvor in der SJ aktiv waren. Da so viele unbekannte Leute anwesend waren, wollten wir eine angemessene Vorstellungszeit von mind. 20 Minuten. Zugesagt wurden uns nur 2!!!

Da die Bürokraten doch um 15-20 Personen mehr herbeischafften, hatten wir keine Chancen. Und unsere Anträge (wir stellten 30 und die Bürokraten nur zwei) wurden nicht einmal verteilt, dann sollten sie einem inkompetenten Diskussionsgremium zugewiesen werden. Dies stieß dann aber doch auf zu heftige Proteste und unsere Anträge wurden "nur" dem Landesauschuß zugewiesen.

Der Landesvorsitzende David Schoibl entschuldigte sich nach der Konferenz in einem Brief für seine bürokratische Vorgangsweise, doch diese "schönen" Worte änderten nichts am Ergebnis der Konferenz und können nur als zynisch betrachtet werden. Denn wenn er die Entschuldigung ernst meinte und politisch konsequent wäre, müßte er zurücktreten und eine neue Konferenz beantragen. Und das sollte er auch tun!

Ein Aktivist der Gruppe Aufbruch

SJ 3-Konferenz



VORWÄRTS-Unterstützer/innen sind in vielen Gruppen der Sozialistischen Jugend aktiv. Einige Gruppen in Wien wurden von der SJ-Führung aufgelöst, andere mit einem "Bezirksbetreuer" versehen. Um die Zusammenarbeit zwischen diesen Gruppen zu verbessern und sich gegen neuerliche Angriffe gemeinsam zu wehren, haben Aktivisten/innen dieser Gruppen die Kampagne "JUGEND FÜR SOZIALISMUS/ Aktion für eine sozialistische SJ" gegründet. Alle Gruppen treffen sich weiterhin regelmäßig, wenn auch teilweise unter erschwerten Bedingungen, um politische Arbeit zu machen.

WIR TREFFEN UNS:

SJ 3
Gruppe COMMUNE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 3, Zentrum Erdberg
Lechnerstr. 2-4

SJ 5 - aufgelöst/SJ
Gruppe ROTER STERN:
jeden Freitag 19 Uhr
Reinprechtsdorferstr. 6

Gruppe FUNKE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Jugendzentrum, Wien 5
Grünwaldgasse 4

Gruppe VORAN:
jeden Donnerstag 19 Uhr
Jugendzentrum 5,
Grünwaldgasse 4

SJ 6
LINKE AKTIONSGRUPPE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 6, Wallg. 4

SPÖ 20/ Themeninitiative
Jugendarbeit
Gruppe SAJ:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 20, Marchfeldstr. 16-18/4
Sektion 17

SJ 23
Gruppe OFFENSIV
jeden Dienstag 19 Uhr
Wien 23, Holzschütze
Sobotag./Purkytg.

SJ Salzburg
Gruppe AUFBRUCH:
jeden Freitag 19 Uhr
im Pub Schnaitl

SJ Feldkirch
Gruppe ROTE AKTION:
jeden 2. Samstag 18 Uhr
Jugendhaus Graf Hugo

Nachdem unsere ersten zwei Bezirkskonferenzen (im Frühjahr und im Herbst) wegen "Statutenwidrigkeiten" (wir berichteten im VORWÄRTS) für ungültig erklärt wurden, wurde am 11.11.92 erneut eine abgehalten. Der Landessekretär Kai Jan Krainer und Konsorten faßten die Statuten nun in einer für sie günstigen Form auf. Die von uns geforderte Mitgliederkonferenz wurde geschickt durch bürokratische Methoden verhindert. Es gab nun Delegierte aus 3 Gruppen. Unsere, die Gruppe Commune, "Vertreter" des Club L, deren Treffen wir trotz vieler Versuche über ein halbes Jahr hinweg uns nicht ansehen konnten, da wir sie nie antraten, und Delegierte der Falkengruppe, die nach Angaben von Krainer 10, 14, 14 und 15 Jahre alt waren. Bei der Konferenz selbst wurden wir dann - wer hätte das gedacht - niedergestimmt und die SJ-Wien Führung konnte sich nach dem dritten Versuch

endlich über ihren bürokratischen Sieg freuen. Vor der Bezirkskonferenz wollten wir eine Aussendung machen und deshalb fuhr ein Mitglied der Commune in die SJ-Wien, und verlangte den Mitgliederdruck vom dritten Bezirk, der auch von einem Landeskontrollmitglied ausgehändigt wurde. Nun werden wir beschuldigt, daß wir diesen gestohlen haben sollen, und wir werden nun von den Bürokraten mit rechtlichen Schritten bedroht. Das Kontrollmitglied wird nun offensichtlich so eingeschüchtern, daß es sich nicht traut, die Wahrheit zu sagen. Aber eins sei denn Bürokraten in der SJ-Wien noch gesagt. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir kämpfen weiter.

Reinhard Ruzicka SJ 3

Landeskonzferenz der Jusos Vorarlberg

Am 14.11.92 fand in Feldkirch die Landeskonzferenz der Jusos, die eine Fusion von Sozialistischer Jugend und Junger Generation sind, statt. Bei den Wahlen zum Landesvorstand gab es für die Marxisten durchaus Erfolge. Die Gruppe "Rote Aktion" wird im Landesvorstand vier der 11 Mitglieder stellen. Markus Kaufmann von der SJ-Feldkirch "Rote Aktion" wurde auch zum Landesvorsitzenden-Stellvertreter gewählt. Nach dieser Wahl ging das Kabarett aber erst los. Bei der Abstimmung der politischen Anträge, bei der die Gruppe "Rote Aktion" nur fünf Stimmberechtigte hatte, wurden die Marxisten dann massivst torpediert. Damit es nicht so aussieht, als ob nur die Gruppe "Rote Aktion" aktiv ist, da sie 5 von 9 Anträgen stellte, reichten die Bürokraten noch zwei Anträge nach. Diese wurden natürlich angenommen. Unsere Anträge wurden entweder abgelehnt oder politisch so verändert, daß sie inhaltlich für uns nicht mehr tragbar waren. So fand

die Führung der Jusos Vorarlberg z.B. die Forderung nach einer "kämpferischen Haltung gegenüber Neonazis" zu gewalttätig und änderten sie in "schützerische Haltung gegen Neonazis"! Heißt das etwa, daß man Neonazis schützen soll? Außerdem könne man, wenn es nach ihnen geht, nicht gegen eine Bündnispolitik mit liberalen, bürgerlichen Gruppierungen plädieren, weil sich eine "Funktionärin" selbst als bürgerlich und liberal einstuft. Diese Beispiele ließen sich fortsetzen und vor allem die Antragsprüfungskommission empfahl immer wieder die Ablehnung der Anträge der Gruppe "Rote Aktion". Inwieweit kann das eigentlich demokratisch genannt werden? Dennoch werden wir weiterkämpfen, obwohl es einem in der Sozialdemokratie nicht leicht gemacht wird.

Tanja Krainbuch
SJ Feldkirch "Rote Aktion"

"3. Welt": Ausbeutung von Mensch und Natur

Luftverschmutzung, Waldzerstörung, Wüstenausdehnung, Kohlendioxidzunahme in der Atmosphäre und Energieproblematik sind die Symptome von Ungleichgewichten im ökologischen System.

Vieler dieser Eingriffe in die Natur sind auf ungelöste soziale Fragen zurückzuführen. Armutsbedingte Umweltzerstörung und die gewinnorientierte Wirtschaft von wenigen Reichen in diesen Ländern und den Industriestaaten führen bald zum Zusammenbruch unserer Umwelt.

Wie wichtig die tropischen Regen- und Feuchtwälder für die Menschen sind, erkennt man daran, daß sie 42% des regenerierten Sauerstoff auf der Erde erzeugen. Sie sind gewissermaßen die Lunge unseres Planeten. 42% der vor der Kolonisation vorhandenen Regenwälder sind bereits unwiederbringlich zerstört. Diese Zerstörung hat ihre Ursachen letztlich in der sozialen Ungleichheit und in der Politik dieser Länder. So erwerben multinationale Konzerne Urwaldböden und roden diesen für die Errichtung von Großplantagen, um Edelholz zu erhalten oder für die Rinderzucht. Landarbeiter werden zu Billigtlöhnen angestellt und die erwirtschafteten Güter werden meist in Industrieländer exportiert. Die einheimische Bevölkerung hat wenig von solchen Großplantagen, denn die Produktion wird zunehmend auf Güter umgestellt, die exportiert werden, und deren Preise auf dem Weltmarkt noch dazu ständig sinken.

So wird zum Beispiel in Brasilien verneht Zuckerrohr, Mais und Zuckerrüben angebaut, aus denen dann durch Gärung Alkohol gewonnen wird, der als Treibstoff verwendet werden kann. Die Weltbank bindet z. B. in Afrika Kredite an solche Alkohol-Projekte. Hungerländer stellen mit Weltbank "hilfe" wertvolles Ackerland auf die Alkoholproduktion um. Die arme Bevölkerung hat wenig von solchen Programmen - im Gegenteil - sie müssen noch mehr hungern. Gewinne machen nur wenige Reiche, die die erwirtschafteten Güter in Industriestaaten exportieren.

In Indonesien z. B. erwarben japanische Holzfirmen durch Verträge mit der Militärregierung Rodungsrechte für tropische Edelholz (unter anderem für Wegwerfstäbchen und Zahnstocher). Die indonesische Oberschicht wollte mit diesem Raubbau kurzfristig Devisen erwirtschaften und reich werden. Der größte Teil der

Bevölkerung dürfte weiter hungern.

Deshalb darf die Forderung nach einer besseren Umwelt nicht bei Forderungen wie z. B. höherer Besteuerung von Edelholzern, stehenbleiben (In Österreich wurde diese Besteuerung wieder zurückgenommen: Wirtschaft vor Umwelt!). Uns muß klar sein, daß Umweltzerstörung und die profitorientierte Wirtschaft von wenigen Reichen unweigerlich zusammengehören.

Wenn wir für eine bessere Umwelt kämpfen müssen wir auch gegen die Ausbeutung der Arbeiter und Bauern in diesen Staaten kämpfen. Denn solange eine kleine Oberschicht den größten Teil des Landes und der Industrie besitzt und darüber verfügen kann, wird der Regenwald weiterhin gerodet werden um daraus den größten Profit zu ziehen.

Timea Zauner SJ 23 -

Teure Privatisierung

Letztes Jahr privatisierte die Post die Produktion der amtlichen Telefonbücher (ATB).

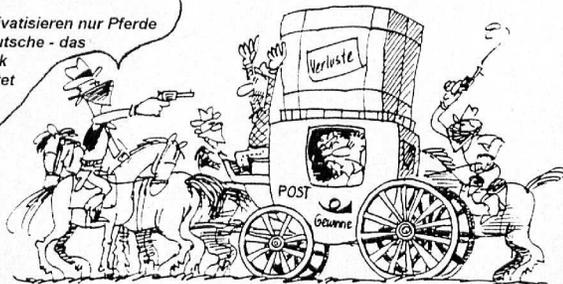
Jahrzehntlang lief die Produktion über den posteigenen Betrieb Digiset-Stelle klaglos. Der Tochterbetrieb der Post wurde stillgelegt und die Herstellung der Telefonbücher einer privaten Firma anvertraut. Dieser Auftrag wurde, obwohl ein milliardenschwerer, freihändig (ohne Ausschreibung) an die private Herold & IWG vergeben. Er wurde als "Pilotversuch" deklariert, um die Vergabevorschriften zu umgehen.

Doch damit haben die Schwierigkeiten begonnen, denn von der so gepriesenen Effizienz privater Unternehmen ist keine Spur. Die ATB für Oberösterreich können statt im Oktober erst im Laufe des Janners '93 verteilt werden. "Rund 585 000 von Herold und IWG im Auftrag der Post produzierten Telefonregister mußten wegen schwerster Mängel noch druckfrucht dem Recycling zugeführt werden; etwa 565 Tonnen Papier wurden vorerst dem Zugriff der Postkunden entzogen." (aus Profil 1/93) Die private Firma hat daraufhin einen Konsulentenvertrag mit einem der größten Telefonbuchhersteller, der US-Firma GTE, abgeschlossen - und trotzdem funktioniert es nicht. Das Profil fordert die Einschaltung

des Rechnungshofes, weil es einen Skandal wittert. Jedenfalls hat sich in diesem Fall die von Bürgerlichen aber auch bereits von der SPÖ-Führung gepriesene Effizienz von privaten Unternehmen nicht gezeigt - sogar ein klägliches Scheitern gegenüber dem stillgelegten Digiset-Stelle (Tochterbetrieb der Post) wurde wieder reaktiviert. Diese Auslagerung (eine versteckte Privatisierung) zeigt deutlich, daß Privatisierungen politische Entscheidungen sind. Die private Firma (also der Unternehmer) wird an diesem Milliardenauftrag sicherlich gut verdienen. Die Kosten zahlen wir mit Maßsteuern, Qualitätsverlust und einem Sinken der Sozialleistungen! Privatisieren ist kein wirtschaftlicher Sachzwang sondern eine bewußte politische Entscheidung im Interesse der Kapitalisten. Die Arbeitsbedingungen der betroffenen Arbeitnehmer werden schlechter und die Löhne sinken. Außerdem werden gewerkschaftliche Rechte abgebaut. Ist denn die "Privatisierung" der Telefonbuchherstellung nur ein Skandal, nur ein Einzelfall? Natürlich nicht, er wird nur von der Presse aufgegriffen!

Thomas Kerschbaum Themeninitiative Jugendarbeit der SPÖ 20

Wir privatisieren nur Pferde und Kutsche - das Gepäck behaltet ihr.



ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, SPÖ, AKS & ÖGB

Aufbegehren gegen Haider's Volksbegehren

Haider's Volksbegehren! Nichts als Lug' und Trug'!

Haider und seine FPÖ spielen seit Jahren ein Doppelspiel. Im letzten Sommer hat Haider seine Partei als zweite große Arbeiterpartei neben der SPÖ bezeichnet. Seine Partei sei aber rechts von der SPÖ einzuordnen. Die Schwerpunkte seiner Politik seien "national und sozial"!!! Nationalistisch und rassistisch ist seine Politik ohne Zweifel, aber soziale Ansätze sind nicht einmal mit der Lupe zu finden. Oder kann man sein Befürworten der Bundeswirtschaftskammer-Vorschläge (z. B.: Nulllohnrunde, Arbeitszeitverlängerung und Nichtbezahlung des ersten Krankentages) als sozial bezeichnen. Wäre die FPÖ auf der Seite des kleinen Mannes, müßte sie vehement die 35-Stunden-Woche, Lohnerhöhungen und soziale Absicherungen fordern. Nichts dergleichen geschieht. Kein Wunder, die FPÖ war und ist eine Unternehmerpartei! Das sieht man ganz klar an ihren Geldgebern (z. B.: 3,5 Mrd von der BWK) und an der Unterstützung, die sie unter Großkapitalisten findet (z. B. Brau AG, Avanti,...).

Haider versucht aber, seiner Partei ein soziales Antlitz zu verschaffen, indem er unentwegt auf Ausländer und "Sozial-schmarotzer" schimpft. Er macht diese für die mißliche soziale Lage verantwortlich und verspricht deren Bekämpfung - und erscheint somit "sozial" (Er bekämpft

Ausländer und damit die soziale Not - scheinbar). Diese Politik ist aber alles andere als sozial. Sie dient nur den Herrschenden, den Mächtigen und Reichen. Es ist ganz klar, daß dieser Populismus gegen Ausländer nur die wahren Schuldigen schützen soll. Haider will jetzt mit seinem Ausländervolksbegehren rassistische Gedanken verankern

ANTIFA - Komitee der Lehrlinge und Schüler

Aufbegehren gegen Haider's "Volks"-Begehren

Daher fordern wir:

- Schluß mit der ausländerfeindlichen Politik!
- Nein zu Haider und seinem "Volks"-Begehren!
- Gemeinsames Eintreten von In- und Ausländern gegen Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und deren Verursacher, um den Rechten den Nährboden zu entziehen!

Name	Geo.-Datum	Adresse	Unterschrift	Stempel

Jugend gegen Rassismus in Europa

und die Arbeiterklasse weiter spalten und sie damit handlungsunfähig machen. Daß die Punkte seines Volksbegehrens allesamt nichts als Lug' und Trug' sind, läßt sich leicht nachweisen. Zum Beispiel fordert Haider den sofortigen Einwanderungsstopp bis zur "befriedigenden Lösung" aller sozialen Probleme, wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Das

ist eindeutig rassistisch! Denn die Ausländer sind nicht schuld, daß es in Wien kaum noch Wohnungen gibt.

Spekulant lassen Häuser leer stehen, um die Preise steigen zu lassen, Hauseigentümer verdienen an extrem hohen Mieten.... Wenn man das weiß, fällt es schwer zu glauben, daß ein Ausländer, der 1.500 - Schilling für ein Bett zahlt, für die Wohnungsnot verantwortlich sein soll. Auch die Arbeitslosigkeit ist nicht auf den Ausländer, der für wenig Geld viel Arbeit machen muß, um zu überleben, zurückzuführen. Vielmehr ist der Unternehmer schuld, der die Not des Ausländers ausnützt, um ihn schwarz anzustellen. Dieser Punkt verrät schon rassistische Absichten, da fälschlich vermittelt wird, daß ein Einwanderungsstopp diese Probleme lösen könnte.

Das beste kommt aber hoch!

Haider fordert eine Ausweispflicht für alle ausländischen Arbeitnehmer. Das erinnert an das südafrikanische Paßgesetz, das die Ausweispflicht für alle Schwarzen besagte. Will Haider eine österreichische Arpartheid und einen Polizeistaat? Wir dürfen das nicht zulassen!

Wir müssen offensiv gegen Haider und seine Gefolgsleute auftreten und alles versuchen, um ihren Einfluß vor allem auf Jugendliche einzudämmen. Wir müssen den Arbeitnehmern und Jugendlichen unsere Alternative aufzeigen. Unsere Alternative ist kämpferisch und sozialistisch. Wir müssen klar machen, daß wir das Problem - den Kapitalismus - beider Wurzel packen.

Harald Mahrer, Sprecherratsmitglied des ANTIFA-KOMITEES

...und das machen wir:

Haider versucht mit seinem "Volksbegehren" rassistisches Gedankengut in den Köpfen der österreichischen Arbeiter und Jugendlichen zu verankern. Wir dürfen ihm diese Möglichkeit nicht geben. Wir müssen mit aller Kraft AUFBEGEREN und unsere Ideen vor allem Jugendlichen näherbringen.

Das ANTIFASCHISTISCHE KOMITEE der Schüler und Lehrlinge versucht dies durch eine Unterschriftenaktion gegen Haider's Volksbegehren, die reges Interesse hervorruft. Mit einer Demo, am Samstag dem 19.12.92, an der 300 Personen teilnahmen, haben wir in Wien auf uns aufmerksam gemacht. Wir konnten im Laufe dieser Demo viele Unterschriften und Spenden für unsere Arbeit sammeln. Durch Diskussionsveranstaltungen mit Jugendlichen versuchen wir, Argumente gegen die rechte Ausländerhetze zu bringen und Jugendlichen unsere Ideen zu erklären und sie davon zu überzeugen. Vom 18. bis 31. Jänner gibt es von allen Antifa Schul- und Lehrlingsgruppen, aber auch von "Jugend für Sozialismus" Gruppen, Aktionswochen. Jede Gruppe veranstaltet Diskussionen und geht Unterschriften sammeln. Außerdem findet am 28.1.93 eine Diskussionsveranstaltung statt, bei der die gesammelten Unterschriften präsentiert werden.

Auch Du kannst was tun!

Sammle Unterschriften, erkundige Dich an deiner Schule bzw. Berufsschule, ob es eine Antifa-Komitee Gruppe gibt. Wenn ja, mach mit; wenn nicht, bau' eine auf. Informationen und Unterschriftenlisten erhältst Du unter folgender Adresse:

Antifakomitee der Schüler und Lehrlinge Wiens; PF 1233 Wien
 Harald Mahrer
 Sprecherratsmitglied
 des Antifakomitees

Ausländerhetze durch Gesetze

Eine Welle von Gesetzen soll unser 84.000 Quadratkilometer kleines Österreich vor der "Ausländerflut" bewahren. Asyl-, Fremden- und Aufenthaltsgesetz sind Eckpfeiler der Regierungspolitik.

Das Asylgesetz, bereits seit einigen Monaten in Kraft, und die restriktive Auslegung der Gesetze durch das Innenministerium reduzierte die Asylwerberzahl um ca. 11.000 auf 16.238 im letzten Jahr. Die Anerkennungsquote von Flüchtlingen beträgt nur 10%! Das neue Asylgesetz schreibt fest, daß ein Flüchtling nur einen Asylantrag stellen darf, wenn er nicht über ein Drittland eingereist ist. Er darf nicht aus einem "sicheren" Land kommen. Was sicher ist bestimmen die Behörden. Der Flüchtling muß seine Identität "glaubwürdig" nachweisen (z.B. mit richtigen Pässen). Aber Flüchtlinge müssen sich verbergen, unter falschen Namen oder illegal durch verschiedene Länder reisen. Amnesty International hat besonders dieses Gesetz kritisiert. Der Flüchtling kann in einem Schnellverfahren abgewiesen und abgeschoben werden.

Das neue Fremdenengesetz, ab 1993 in Kraft, schreibt vor, daß Touristenvisa in Österreich grundsätzlich nicht verlängert werden. Wer ein abgelaufenes Touristenvisa hat, kann abgeschoben werden. Wer "eine finanzielle Belastung der Gebietskörperschaft" darstellt, kann abgeschoben werden. Und wer "schwarz" arbeitet, kann abgeschoben werden. Für EWR-Bürger sollen andere, liberalere, Gesetze gelten.

Das Aufenthaltsgesetz, das 1993 in Kraft treten soll, und neue Polizeigesetze werden eine weitere Phase der gesetzlichen Ausländerhetze einleiten. Ausländer können einen Antrag auf Einwanderung ausschließlich im Ausland stellen. Dort müssen sie bereits einen festen Arbeitsplatz und eine "für Inländer ortsübliche Unterkunft" vorweisen. (Das soll auch für ausländische Studenten gelten. Nur noch wohlhabende und einflußreiche Ausländer werden in Österreich studieren können.) Die Bewilligung gilt zunächst für die ersten sechs Monate, erst nach fünf Jahren besteht die Möglichkeit auf eine unbefristete Aufenthaltsbewilligung. Die neuen Polizeigesetze werden der Polizei fast uneingeschränkte Überwachungs- und Zugriffsrechte vor allem auf Ausländer erlauben. Auf bloßem Verdacht werden Polizisten in Wohnungen

von Ausländern eindringen können, von Kontrollen auf der Straße natürlich nicht zu sprechen. Die strengen Ausländergesetze müssen doch exekutiert werden - daher mehr Polizei, mehr Befugnisse für die Polizei. Wie weit werden Löschnak und die Polizei gehen?

Diese Gesetze sollen den Ausländern das Leben so schwer wie möglich machen. Die Unterschiede von aus- und inländischen Arbeitnehmern werden in jeder gesetzlichen, sozialen und politischen Hinsicht noch größer werden. Das führt dazu, daß die Vorurteile gegen Ausländer in der Arbeiterschaft und in der Jugend noch verstärkt werden. Die rechten Demagogen a la Haider treiben die Regierung vor sich her und heften diese "Erfolge" auf ihre Fahne. Wenn die SPÖ schon großspurig von ihrer "vernünftigen" Politik spricht, dann soll sie auch wahrheitsgemäß zugeben - dieser gesetzliche Rassismus und die polizeistaatlichen Methoden gegen Ausländer fügen sich mit der arbeitfeindlichen Politik in ein Gesamtbild. Die unternehmerfreundliche Politik der Regierung kennt keine Grenze, wenn es um die Sicherung der Profite der Knapitalisten geht. Der gesetzliche Schlag gegen die Neonazis widerspricht dieser Aussage nicht. Die Regierung will die Kontrolle über die Bevölkerung und über die Proteste gegen soziale Mißstände nicht verlieren. Wir fordern einen sofortigen Stopp dieser ausländerfeindlichen Politik, die schließlich die gesamte Arbeiterschaft trifft. Wir fordern die sofortige Rücknahme der ausländerfeindlichen Gesetze! Wir kämpfen für einen sozialistischen Kurswechsel, um die sozialen Mißstände wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, wirksam zu bekämpfen!

Thomas Kerschbaum / Themeninitiative Jugendarbeit der SPÖ 20



"Gegen Nazis"-T-Shirts (rote Faust)
 120,- inkl. Porto b.d. Redaktion
 PSK 8812.733 Kennwort "T-Shirt"

Alle zusammen werden wir nichts erreichen...

Um gegen den neu aufkeimenden Rechtsradikalismus in der Öffentlichkeit auftreten zu können, wurde vor kurzem die Aktion "SOS-Mitmensch" ins Leben gerufen. Getragen wird sie von Personen, die im öffentlichen Leben stehen, also Politikern, Künstlern, Sportlern, ... Das Ziel von "SOS-Mitmensch" ist, so viele Leute und Organisationen wie möglich - egal aus welchen Lagern sie auch kommen - zu vereinen, um gegen Ausländerfeindlichkeit zu protestieren. Es ist gut und wichtig, daß viele aktiv werden und diese Aktion ist ein Schritt in diese Richtung. Doch mit einem Text, der aus moralischen Floskeln wie "als Menschen brauchen wir einander" oder "Wir bilden eine Allianz der Vernunft" besteht und die eigentlich jeder (auch Innenminister Löschnak) unterschreiben kann, ist es den Initiatoren gelungen, viele Organisationen, von der Sozialistischen Jugend (SJ), der Jungen Generation der SPÖ (JG), über die Katholische Jugend, der Jungen Volkspartei (JVP), bis zu den Grünen, unter einen Hut zu bringen.

Doch diesem breiten Bündnis, das "Probleme mit Vernunft lösen" will, wird es nicht gelingen, wirksam Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus zu bekämpfen. Denn es sieht an den wirklichen Ursachen der existierenden sozialen Problemen, wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, niedrigen Löhnen, ... vorbei. Um z.B. das Problem schlechter Bezahlung lösen zu können, müßten die Arbeiter höhere Löhne bekommen und das kann ja z.B. nicht im Interesse der JVP sein, die die Unternehmer vertritt, deren Profite durch höherer Bezahlung der Arbeiter geschmälert würden.

Die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Gruppen, die an "SOS-Mitmensch" beteiligt sind, machen es dieser Aktion unmöglich, wirklich wirksam gegen Ausländerfeindlichkeit auftreten zu können. Oftmals wird auch die erlangte Popularität nicht nur für die "Sache" verwendet, sondern auch für andere Zwecke, wie z.B. im Fall der Grünen von einigen Personen für Stimmenfang. Auch wer bzw. wie man Rechtsradikale bekämpfen soll - ob mit

Polizei, den verschiedenen Parteien, Gewerkschaften, ... - darauf gibt "SOS-Mitmensch" keine Antwort. Und mit Schweigemärschen (soll bzw. darf man gegen Rechts schweigen???) und Lichterketten setzt man zwar schöne und besinnliche Zeichen, verändert aber kaum etwas an der bestehenden Situation.

Man muß den Rechten die Basis nehmen. Anstatt Kerzen anzuzünden, muß man mit Forderungen nach mehr und besser

bezahlten Arbeitsplätzen, nach einer 35-Stunden-Woche, nach einem staatlichen Wohnbauprogramm, ... auf die Straße gehen. Denn nur so können wir unser Ziel - nämlich eine Gesellschaft, in der für Ausländerfeinde und Neonazis kein Platz ist - erreichen.

Katja Arthofer
 Mitglied des Sprecherrates
 des Antifa-Komitees
 der Schüler und Lehrlinge



NEU * NEU * NEU * NEU * NEU

VORWÄRTS - BROSCHÜRE

"Was ist Faschismus? - ...und wie wir ihn bekämpfen!"

Aktuelles, Historisches und Theoretisches zum Thema Faschismus

Um nur 30,- (inkl. Porto)
 bei der Redaktion zu bestellen.
 PSK Konto 8812.733

Unser Anti-FPÖ-Programm

- *) Stopp der Wohnungsnot - Enteignet die Spekulanten!
- *) Stopp dem Sozialabbau - 12.000,- netto Mindestlohn für alle!
- *) Stopp der Arbeitslosigkeit, sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn!
- *) Rücknahme aller ausländerfeindlichen Gesetze - Asyl und Bleiberecht für alle wirtschaftlich, ökologisch und politisch Verfolgten!
- *) Einen sozialistischen Kurswechsel in SPÖ und ÖGB von unten, Schluß mit der kapitalistischen Politik!
- *) Keine Koalition mit einer bürgerlichen Partei - für eine SPÖ Alleinregierung!
- *) Nein zu Privilegien - Facharbeiterlohn für alle SPÖ- und ÖGB-Funktionäre!
- *) Eine neue sozialistische Weltordnung, ohne Ausbeutung und Verfolgung, in der Flüchtlinge nicht mehr nötig ist!

Lichterketten gegen Brandsätze?

In Deutschland eskalierte 1992 die Gewalt der Rechten. Die Namen Hoyerswerda, Hünxe, Rostock und Mölln stehen für den Terror der Rechts-extremen.

Die Bilanz des letzten Jahres ist erschreckend: 1600 erfaßte Gewalttaten, davon 500 Brand und Sprengstoffanschläge. Diese Verbrechen forderten 800 Verletzte und 17 (!) Todesopfer! Eines ist den rechten Ausschreitungen gemeinsam: Sie richten sich nicht gegen die Herrschenden der Gesellschaft, weder gegen die Unternehmer, die Politiker noch gegen die Polizei. Die Schwächsten sind die Opfer: Asylanten, Ausländer, Obdachlose, Schwule und Behinderte sind

bogenlogik, die sie dann gegen die Schwächsten dieser Gesellschaft aufmarschieren läßt.

Es gab aber auch Massenproteste gegen den Rassismus und die anschwellende Ausländerfeindlichkeit. In vielen Städten beteiligten sich Hunderttausende an Lichterketten. Diese Bewegung ist natürlich zu begrüßen, aber sie wird das Problem nicht lösen können, denn sie will der Ausländerfeindlichkeit hauptsächlich moralisch entgegenreten. Da aber die Ursachen der jetzigen Lage sozialer Natur sind, muß auch hier angesetzt werden. Und die Schuld an der sozialen Misere und der Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher liegt bei der bürgerlichen Regierung und



die Zielscheiben der rechten Aggression.

Die extreme Rechte hat in Deutschland Aufwind. 40.000 sind in 76 rechtsextremen Verbänden straff organisiert. Das Umfeld ist aber noch viel größer, denn die meisten Gewalttäter sind gar nicht Mitglieder dieser Organisationen. Sie sind größtenteils Jugendliche, die zwischen 14 und 20 Jahre alt sind. Sie haben in diesem System selbst keine Perspektiven, leben oft in Wohnghettos und sind sozial benachteiligt. Frustriert sind sie durch die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage, vor allem im Osten Deutschlands. Und es ist die kapitalistische Ellen-

ihrer Politik. Gemeinsame Demos mit CDU-Politikern können daher wohl kaum zielführend sein. Der Kampf gegen den Rechts-extremismus muß mit dem Kampf gegen die bürgerliche Regierung verbunden werden. Nur eine sozialistische Politik, die der Trostlosigkeit durch neue Jobs und Wohnungen, Jugendzentren und Freizeiteinrichtungen ein Ende macht, wird Abhilfe schaffen können. Dafür aber muß die Arbeiterbewegung kämpfen, denn gemeinsam mit den Bürgerlichen kann man das nicht durchsetzen.

David Mum aus der SJ ausgeschlossen

SOS SPÖ

"Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität" heißt es im Programm. "Gesetze statt Ausländerhetze" steht auf den Plakaten. Abschieben, Bundesheer gegen Flüchtlinge und Sozialabbau hieß und heißt die Praxis. Gemeint ist nicht die FPÖ, sondern leider die Politik der SPÖ-Parteiführung. Daran ändern auch unverbindliche Unterschriften unter unverbindliche Plattformen (gemeint sind Löschnaks und Caps Unterstützungserklärung für die Plattform "SOS Mitmensch") nichts.

Überall wird auf unsere Kosten gespart, Mieten und Arbeitslosenziffern steigen. Die SPÖ-Führung trägt die Verantwortung für diesen Zustand. Bei jeder Wahl bekam die SPÖ die Rechnung für diese Politik präsentiert: Niederlage über Niederlage seit mehr als zehn Jahren. Daran ändert auch Strahle - Vranz nichts. Dem Druck von Rechts wurde in vielen Punkten nachgegeben. "Mit ausländerfeindlichen Maßnahmen gegen die FPÖ" scheint das Credo von Löschnak und Co geworden zu sein. So erhielt Österreich eines der schärfsten Fremden Gesetze der Welt. Selbst von sogenannten und selbsternannten Parteilinken wird immer wieder ein gewisses Verständnis für diese Politik geäußert: Schließlich kann man die "Angst" der Bevölkerung nicht ignorieren.

Daß sie in Wirklichkeit doch ignoriert wird, und diese Politik vollkommen ungeeignet ist, um die Wahlsiege, die die FPÖ gerade in SPÖ-Hochburgen feiert. Auf die konkreten Fragen, wie Angst um Wohnung oder Arbeitsplatz, müssen konkrete Antworten gegeben werden. Antirassismus bedeutet in erster Linie nicht moralisches Zeigefingerheben, sondern sozialistische Lösungen (siehe unser Anti - Haider - Programm). Für solche Lösungen und gegen die rassistische Hetze von Rechts müßten in- und ausländische Arbeitnehmer von SPÖ und ÖGB mobilisiert werden. Diskussionsveranstaltungen, Flugblätter, Plakate in jedem Grätzl, jeder Sektion, jedem Betrieb. Doch eine solche Politik kann nur von unten durchgesetzt werden, durch unsere Aktivität und unseren Druck.

Thomas Prieler SJ6

Neuer Präsident - Alte Probleme

Weltweit befindet sich die Wirtschaft auf Talfahrt - auch vor der USA macht diese Entwicklung nicht halt. Bedingt durch die Rezession und die schlechte soziale Lage, brodet es in den USA überall.

35,7 Millionen US-Amerikaner leben bereits unter der Armutsgrenze. Die Arbeitslosenrate liegt offiziell bei 7,8%. Wenn man dabei bedenkt, daß täglich 4000 Jobs gekündigt werden, ist eine Verbesserung der Beschäftigungssituation nicht abzusehen. Doch selbst wenn man sich in der glücklichen Lage befindet einer Ganztagsbeschäftigung nachgehen zu können, muß das noch lange nicht heißen, daß man sozial abgesichert ist. 35 Millionen Amerikaner können sich keine Krankenversicherung leisten, die Hälfte davon sind vollbeschäftigt.

Da es keine staatliche Krankenversicherung gibt, machen private Versicherungen ein gutes - und für die Kunden teureres - Geschäft.

Die Zukunft sieht für die meisten Jugendlichen - wenn sie nicht weiß sind und aus wohlhabenden Familien kommen - schlecht aus. Kein Wunder, daß bei dieser miserablen Situation die Kriminalitätsrate steigt und die sogenannten Rassenkonflikte eskalieren.

Der Wahlsieg Clintons zeigt die tiefe Unzufriedenheit und den Wunsch nach Veränderung. Doch Clinton und die Demokratische Partei sind genauso eine Partei der Unternehmer wie die Republikaner. Sein Programm beinhaltet lediglich ein paar soziale Floskeln. Er will die wirtschaftliche Lage verbessern, die Rüstungsausgaben senken und eine staatliche Krankenversicherung schaffen. Zur Zeit weisen viele voll Optimismus auf die neueste Wirtschaftszahlen.

3,4% ist die US-Wirtschaft im 3. Quartal '92 gewachsen, mehr als seit 4 Jahren. Basis dafür waren vor allem Rüstungsausgaben. Clinton plant nun ein Ankerbelungsprogramm von 20-60 Mrd. \$. Investitions- und Konsumsteigerungen sollen höhere Profite bringen. Großtes Hindernis für all das ist die Verschuldung. Die Staatsverschuldung beträgt etwa 4000 Mrd. \$ und auch die Haushalte sind verschuldet.

Clintons Programm beinhaltet auch die Entlassung von etwa 100.000 aus dem Staatsdienst. Hinzu kommen noch geplante Entlassungen bei Riesen wie IBM (25.000) und GM (74.000). Die Reduzierung der Rüstungsausgaben ist durch den Einsatz in Somalia in weite Ferne gerückt. Aber



wenn er trotzdem erfolgt, bedeutet das auch 100.000e Arbeitslose.

Die Hoffnungen, die in Clinton gesetzt werden, können zu einer kurzfristigen An-

kurbelung der US-Wirtschaft führen. Aber angesichts der Situation der Weltwirtschaft und der unsicheren Basis im eigenen Land ist es unwahrscheinlich, daß die USA das Zugpferd der Weltwirtschaft sein wird.

Der Stern Clintons wird schnell wieder verblasen. Die riesigen Streikbewegungen die es schon jetzt gibt werden weitergehen. Die, seit langem fehlende, Arbeiterpartei kann aus den enttäuschten Hoffnungen entstehen. Ihre Aufgabe ist es, gemeinsam mit einer kämpferischen Gewerkschaft Forderungen im Interesse der arbeitenden Menschen aufzustellen und aufzuzeigen, daß auch Clinton nur ein Repräsentant des selben Systems ist, daß für all die sozialen Probleme verantwortlich ist und das die Probleme nur mit dem System beseitigt werden können.

Karin Zimmermann
Jugend für Sozialismus 5

Der Motor stottert

Die Wirtschaft befindet sich auf Talfahrt, und die Autoindustrie ist einer der besten Beweise dafür. Während in den 80ern die Anzahl an Neuzulassungen Anstieg, steckt die Autoindustrie momentan in einer tiefen Krise. Ein Grund dafür ist, daß viele Arbeitnehmer ihre soziale Absicherung bedroht sehen. Viele Arbeitnehmer, die früher Kredite für neue Autos aufnahmen, überlegen sich diesen Schritt nun. Für die meisten sind die bisherigen Schulden nur noch unter großen Opfern zurückzuzahlen.

Die Autoindustrie steckt (vor allem in Amerika) schon längere Zeit schwer in der Krise. Die Hauptursache dafür liegt bei den japanischen Automobilkonzernen, die durch ihre billige Produktion die Märkte überschwemmen. Dies führte dazu, daß die amerikanische Regierung Schutzzölle und Importquoten verhängte. Doch nun klagen selbst die japanischen Automobilkonzerne über Gewinneinbrüche und Absatzkrisen. Nissan erzeugte 1992 um 20,4% weniger Fahrzeuge als im Jahr davor, Toyota um 12,4%. Die Zahl der Neuzulassungen fiel in Japan um 14,2%, die Exporte um 4,6%.

Doch nicht nur japanische Automobilkonzerne sind von dieser Krise betroffen. Saab Automobile will 2.000 von 9.200 Arbeitsplätzen "abbauen", Fiat schickte im Dezember 38.000 Beschäftigte für zwei

Wochen in Urlaub. Auch Englands Automobilkonzerne betreiben massiven "Arbeitsplatzabbau". Rolls-Royce kündigte Ende September den Abbau von 950 Arbeitsplätzen an, Jaguar hat seither über 800 Mitarbeiter entlassen.

Auch in Deutschland ist die Lage sehr ernst. Bei Daimler-Benz wurden 1992 12.500 Arbeitsplätze gestrichen, in den nächsten beiden Jahren sollen zusätzlich 15.000 Stellen wegfallen. Volkswagen möchte ebenfalls rund 12.500 Arbeitsplätze "abbauen", außerdem kündigte man Mitte Dezember Kurzarbeit an.

In den Ford-Produktionswerken in Deutschland sollen rund 3.000 Mitarbeiter entlassen werden, insgesamt möchte Ford 10.000 Stellen in Europa streichen. Ford droht für 1992 ein Rekordverlust von sechs bis sieben Milliarden Dollar. Auch den anderen großen amerikanischen Automobilkonzernen geht es nicht viel besser. So wird General Motors bis 1995 23 Betriebe und Fabriken schließen und rund 74.000 Mitarbeiter entlassen. Die Krise in der Autoindustrie wird durch Probleme in anderen Wirtschaftszweigen hervorgerufen und verursacht ihrerseits Probleme. Die Spirale dreht sich.

Richard Klug
Bezirksvorsitzender der SJ 6

Marxismus aktuell

In der bürgerlichen Presse werden Sozialismus, Oktoberrevolution und Stalinismus gleichgesetzt. Auch unter "Linken" ist es Mode geworden, Lenin, Stalin und Trotzki einfach in einen Topf zu werfen. **Mit derartigen Geschichtslügen sollen die wahren Ideen der Bolschewiki und das wirkliche Wesen des Stalinismus verschleiert werden.**

Was war der Inhalt der Oktoberrevolution?

Die Oktoberrevolution stellt die **erste erfolgreiche Machtergreifung des Proletariats** in der Geschichte dar. Den Hintergrund dafür bildete einerseits die Unfähigkeit des russischen Kapitalismus, Dinge wie bürgerliche Demokratie, Landreform... zu verwirklichen, andererseits ein kleines, aber bewußtes Proletariat. **Den entscheidende Faktor für den Sieg der Arbeiterklasse stellte die bolschewistische Partei dar**, eine Organisation, die sich straff, demokratisch und mit einem marxistischen Programm jahrelang unter schwierigen Bedingungen aufgebaut hatte. Ihre Forderungen und Ziele verbanden die konkreten Bedürfnisse der Massen nach Frieden, Brot und Land mit der Forderung nach Arbeiterdemokratie (Alle Macht den Sowjets, Facharbeiterlohn für Funktionäre) und der Perspektive einer internationalen sozialistischen Revolution.

Bürgerkrieg, Isolation und Elend führen zum Aufstieg der Bürokratie

Die Bolschewiki wußten, daß die einzige Überlebenschance für die Revolution in Rußland der Sieg der Arbeiterklasse in anderen Ländern war. Doch was folgte, waren nicht nur Niederlagen für das europäische Proletariat, sondern auch ein mörderischer Bürgerkrieg in Rußland selbst, mit der Intervention von über 20 Feindmächten. Daß die rote Armee in dieser Auseinandersetzung siegte, beweist die enorme Unterstützung, die die Sowjetmacht in der Bevölkerung besaß. Doch der Bürgerkrieg und die Isolation hatten das Land (bewußt vom Weltimperialismus provoziert) in die wirtschaftliche Katastrophe geführt. Hunger, Seuchen und Tod überzogen das Land. Trotzki erklärte später:

Dort, wo Mangel herrscht, gibt es jemanden, der verteilt. Der selbst kommt niezu kurz. Das ist der Entstehungspunkt für eine Bürokratie. Genauso ging es zu Beginn der 20er Jahre in Rußland zu. Die Arbeiterklasse war praktisch in Auflösung begriffen (da keine Industrie mehr vorhanden war). **Es standen sich zwei gesellschaftliche Kräfte gegenüber: Einerseits die bolschewistische Partei, die von Grabenkämpfen und Spaltungstendenzen gezeichnet war und die besten Traditionen und Interessen des Proletariats repräsentierte, auf der anderen Seite eine immer mächtiger werdende Schicht von Karrieristen, Bürokraten, alten zaristischen Beamten, die immer mehr in alle Poren der Gesellschaft eindrang.** Mit jedem Tag der Isolation der Sowjetunion wurde diese Schicht stärker. Sie fand schließlich einen geeigneten Vertreter innerhalb der Bolschewiki: Stalin.

Der Sieg des Stalinismus

Mitte bis Ende der 20er tobte der Kampf zwischen Marxisten (die sich in der linken Opposition um Totzki sammelten) und Stalinisten. Stalin repräsentierte mit seinem Programm "Aufbau des Sozialismus in einem Land" und Industrialisierung im Schnecken tempo, das Programm zur Festigung der bürokratischen Schicht, während Trotzki und Genossen dem Programm der Bolschewiki (Arbeiterdemokratie und internationale Revolution) treu blieben. **Die stalinistische Außenpolitik (die über die 3. Internationale betrieben wurde) fügte dem internationalen Proletariat Niederlage um Niederlage zu.** Mit jedem dieser Schläge wurden die Bürokraten stärker und die Marxisten schwächer. Ende der 20er/ Anfang der 30er schlug dieser Prozeß in eine neue historische Qualität um. Die linke Opposition war besiegt, die Bürokratie hatte eine politische Konterrevolution durchgeführt. Der Stalinismus als System etablierte sich. Das bedeutet die Herrschaft einer privilegierten, abgehobenen Schicht, einer politischen Kaste auf Grundlage des Arbeiterstaates; also Planwirtschaft und verstaatlichter Wirtschaft. Die Produktion und Verteilung funktionierte nicht nach kapitalistischen Gesetzen (natürlich auch nicht nach



sozialistischen). Die Bürokratie plante und verteilte (und kam dabei selbst nicht zu kurz).

Zick-Zack Kurs von oben und Kampf gegen die Bürokratie von unten

Die stalinistische Bürokratie ist ohne reale Basis im Arbeiterstaat, im Gegenteil, sie ist ein Fremdkörper ohne den alles viel besser funktionieren könnte (im Gegensatz zum Kapitalismus, der ohne Kapital nicht funktionieren kann). Die Bürokratie mußte daher von Beginn an Stützen in der Gesellschaft suchen (z.B. durch privilegierte Schichten der Arbeiterklasse). Durch Kursänderungen (Demokratisierungskampagnen, Dezentralisierung, Zentralisierung, Nationalismus) versuchte man immer wieder Bewegungen von unten vorzukommen. Aber egal ob Gorbatschow oder Stalin - stets steckten die Überlebensinteressen der Bürokratie als ganzes hinter der jeweiligen Politik. Versuche der Arbeiterklasse, die stalinistischen Regimes zu stürzen, gab es mehrere: DDR 1953, Ungarn 1956, Polen 1980. Die ersten Forderungen waren gegen den Kapitalismus und für Arbeiterdemokratie. Es bildeten sich Organisationsformen der Arbeiter, die mit denen 1917, vergleichbar waren. Aber die Bürokraten regierten mit brutaler Repression.

Niedergang und Konterrevolution

Trotzki beschrieb den Stalinismus als eine Art historisches Time - Out zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Entweder gelingt es der Arbeiterklasse mit einer politischen Revolution die Bürokratie zu stürzen, oder der Kapitalismus wird wieder eingeführt. Als das System in den 80er in die Krise geriet, sahen immer mehr Bürokraten ihr Heil in einer kapitalistischen Restauration. Es war klar, daß ein einfaches weitermachen wie bisher nicht mehr möglich war. Die immer komplexere Industriegesellschaft macht eine Planung von oben immer schwieriger. Die Produktion nahm steil ab. Überall kam es zur Spaltung der Bürokratie

Zeittafel:

1917 Oktoberrevolution
Bolschewiki übernehmen die Macht (Enteignung, Arbeiterkontrolle, Arbeitermilizen)
1918-20 Bürgerkrieg
1922 Lenin & Trotzki beginnen den Kampf gegen Stalin und die wachsende Parteibürokratie
1924 Lenin stirbt, Stalin macht, im Widerspruch zum Marxismus die Theorie des "Sozialismus in einem Land" zur offiziellen Parteilehre
1925, 14.12. 14 Parteitag, Trotzki, Sinowjew, Kamenew führen die Vereinigte Opposition gegen Stalin.

1926 werden sie ausgeschlossen
1929 Trotzki wird verbannt
1930-33 Trotzki ruft zur Einheitsfront gegen den Faschismus auf
1932 1. Konferenz der Int. Linken Opposition
1934 Massensäuberungen, Schauprozesse, Hinrichtungen durch die Stalinistische Bürokratie
1935 7. Kongreß der Komintern, entscheidet sich für die Volksfrontpolitik gegen internationale Revolution
1938 Gründung der 4. Internationale
1939 Hitler-Stalin-Pakt
1943 Auflösung der 3. Internationale
1953 DDR revolutionäre Aufstände
1956 Ungarn, Polen
1971 Polen
1980 Polnische Revolution (Solidarnosc)

OSTEUROPA: Katerstimmung

Auch im 3. Jahr der Einführung der Marktwirtschaft hat sich die Lage in Osteuropa nicht gebessert. Im Gegenteil! Mit wenigen Ausnahmen ist die Situation geradezu dramatisch.

Lediglich in Tschechien, Ungarn und Polen soll es heuer vielleicht erstmals nach dem Sturz des Stalinismus ein Wirtschaftswachstum geben. Zunächst gibt es aber nur Preiszuwächse wie z.B. in Tschechien +20%. Aber die Produktion ist auch dort noch weit vom Stand von 1989 entfernt und die Arbeitslosigkeit steigt auch weiter stark an. 1993 werden angeblich erstmals seit Jahrzehnten mehr Leute in der Privatwirtschaft als in staatlichen Betrieben arbeiten.

Aber in Polen wiesen Massentriks die neoliberale Regierung in die Schranken. Im Dezember legten 110.000 Bergleute in 40 der 60 Kohlegruben ihre Arbeit nieder. Ihre Forderungen waren gegen das Sinken der Reallohn, für die Aufrechterhaltung von Sozialleistungen und für die Absicherung bei Entlassungen, gerichtet.

In der Ex-DDR, wo die Marktwirtschaft radikal eingeführt wurde, ist die Wirtschaft im tiefen Konjunktural. Das BIP (alles, was von der Wirtschaft eines Landes produziert wird) ist nur halb so hoch wie vor dem Sturz des korrupten Honecker-Regimes. Die Industrie, der wichtigste Bereich der Wirtschaft schlechthin, liegt darnieder. Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe liegt um 2/3 unter dem Niveau vor der Wende. Von 3,3 Mio sind hier nur noch 1,2 Mio Leute beschäftigt. Es gibt offiziell 1,1 Mio

Arbeitslose. Rechnet man die Kurzarbeiter, Beschäftigte bei Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen (ABM) und Vorruhestandler dazu, sind es 35 % der Erwerbstätigen, nämlich 2,7 Mio Menschen.

Besonders dramatisch ist die Situation in Rußland. Produktion und Lebensstandard fallen unaufhörlich abwärts. 1991 fiel die Industrieproduktion um 8 %, 1992 sogar schon um 20 %. Auch die monatliche Inflationsrate liegt bei über 20 %. Es gibt 10 Mio Beschäftigungslose, 50 Mio Menschen, also jeder dritte Bürger, leben am Existenzminimum. Für elementare Lebensmittel müssen Arbeiter und Angestellte mehr als die Hälfte ihres Einkommens aufbringen. 1990 betrug dieser Anteil erst ein Viertel. Bei Rentnern gehen dafür sogar 90 % drauf.

Die korrupte bürokratische (Miß-) Planwirtschaft wurde nicht durch eine effiziente Marktwirtschaft abgelöst. Im Gegenteil, sogar bürgerliche Journalisten schreiben, daß die neue Kapitalistenklasse, die 3 % der Bevölkerung ausmacht, eine "neue Bourgeoisie der Makler und Raffer" ist. Diese Kapitalisten bringen die Gesellschaft nicht weiter. Sie sind parasitär. Die Privatisierung der Produktion geht kaum voran. Die neuen Geschäftsleute sind vor allem im Handel tätig. Sie sind ehemalige Schwarzmarktschieber und Bürokraten. Ruzkoi meinte, diese nutzen nur das allgemeine Chaos und Wirrwarr aus, um "zu 90 % heiße Luft hin und herzujaugen".

Die "Marktwirtschaft" brachte eine

Polarisierung zwischen Arm und Reich, die jeden Tag zunimmt. Ende 1992 gab es ein 10faches Auseinanderklaffen der Einkünfte der lohnabhängigen Massen und der Selbständigen. Im Osten wurde nicht die



Streikende Bergarbeiter

soziale Marktwirtschaft, sondern ein faulender, korrupter Kapitalismus aufgebaut, indem sich vor allem unnötige Spekulanten bereichern. Vom Westen kann sie sich nichts erwarten, denn dieser wird sich kaum Konkurrenten heranzüchten. Er wird Osteuropa nur für die Billiglohnproduktion verwenden. Nur durch unabhängige Organisationen, die sich die Arbeiterklasse im Kampf aufbauen muß und deren nationale Vernetzung kann sie sich soziale Rechte und Errungenschaften erkämpfen.

David Mum aus der SJ ausgeschlossen

Krieg am Balkan

"Nachbar in Not" war die erfolgreichste Spendenaktion in der Geschichte Österreichs. Millionen Schilling, vor allem von Arbeitern und Jugendlichen, bescherten einigen österreichischen Unternehmern (deren Waren nach Kroatien transportiert wurden) einen hübschen Weihnachtsprofit. Jetzt rufen Mock, Kronenzeitung & Co zu den Waffen. Nach der humanitären Hilfe soll jetzt die Militärintervention endlich für (Friedhofs-) Ruhe am Balkan sorgen.

Bosnien-Herzegowina ist nach wie vor Kriegsschauplatz Nr.1. Die größte der ethnischen Gruppen sind die Moslems mit 40%, gefolgt von den Serben mit 32% und Kroaten mit 18%. Praktisch die gesamte Provinz war ursprünglich "gemischt" bewohnt. Von Seiten der kroatischen und serbischen Führungsclique wird gleichermaßen ein beinhardter Eroberungskrieg geführt.

Von der Unabhängigkeit Bosniens zur ethnischen Säuberung

Der Krieg in Bosnien begann mit einer bewußten Provokation Serbiens. Der kroatische Nationalist Tudjmann machte Druck auf die moslemische Führung die Unabhängigkeit Bosniens zu erklären. Die Führung der serbischen Bevölkerungsgruppe erklärte dann die (wirklich und vermeintlich) serbisch dominierten Gebiete Bosniens für unabhängig - natürlich mit Unterstützung aus Belgrad. Der Konflikt eskalierte bald an den unterschiedlichen Interessen um Einflußsphären und Gebiete. Die moslemische Bevölkerung, von ihrer Führung in ein Bündnis mit den kroatischen Milizen gedrängt, merkte bald, worum es Tudjmann und Kumpanen wirklich in diesem Krieg ging. Nicht um ein unabhängiges Bosnien aller Nationalitäten, sondern um Großkroatien. In Mittelbosnien kommt es seit Jahresende immer wieder zu Kämpfen zwischen moslemischen Milizen und den Truppen des kroatischen Verteidigungsrates. Die Ausrufung einer kroatischen Republik Herzeg-Bosna war ein weitere Schritt in diese Richtung. Im Verein mit den kroatischen Faschisten wurden und werden in dieser Provinz "Säuberungsmaßnahmen" gegen die dortigen Serben

betrieben. Die gesamte Provinz ist sowohl auf kroatischer wie serbischer Seite von solchen Säuberungen gezeichnet, durchgeführt von einem verwirrendem Netz regionaler Milizen im Verein mit regulären Truppen. KZs, Massenmorde und Repression, ein Krieg der nationalistischen Cliquen gegen die Zivilbevölkerung, gleich welcher Nationalität.

Die Lage in Serbien und die mögliche Militärintervention

Wirtschaftssanktionen und Krieg haben auch Serbien (Restjugoslawien) ins wirtschaftliche Chaos gestürzt: Jahresinflation von 19.810%, Rückgang der Produktion um 40%. Der offenen pro-westliche und pro-kapitalistische Panic erhielt bei den Präsidentschaftswahlen eine Abfuhr. Allgemein hat sich die politische Landschaft aber noch mehr zersplittert. So verloren auch Milosevic Stalinisten bei den Parlamentswahlen (sie liegen im Bundesparlament jetzt bei 34%). Daß sich das Milosevic-Regime überhaupt noch an der Macht befindet, ist einerseits auf sein geschicktes Lavieren zwischen Bevölkerungs und verschiedenen Interessensgruppen zurückzuführen. Andererseits auf die Schwäche und Unentschlossenheit der Opposition. Die Bürgerlichen sind noch ohne reale Basis in der Gesellschaft - Kapitalisten und kapitalistische Produktionsweise gibt es fast noch nicht.

Der Präsidentschaftsieg Milosevics - geführt unter dem Schlagwort, die serbischen Interessen (der Herrschenden) weiter mit militärischen Mitteln durchzusetzen - haben die Möglichkeit einer westlichen Intervention drastisch erhöht. Die Gründe für die jetzige Zurückhaltung von EG/UNO liegen einerseits in den begrenzten wirtschaftlichen Interessen am Balkan (vor allem der USA und dem nicht BRD dominierten Teil der EG) und dem hohen militärischen Risiko.

Perspektive und unser Programm

Eine Militärintervention bedeutet eine Katastrophe für die gesamte Arbeiterklasse von Ex-Jugoslawien. Jede Lösung des Westens ist eine Lösung die seinen wirtschaftlichen und strategischen



Das ehemalige Jugoslawien zerfällt

Interessen entspricht. Ein Beispiel dafür ist der UNO-Friedensplan für Bosnien: Er fordert die Aufteilung Bosniens in 10 Kantone. Kroatien hat sich voll einverstanden erklärt, während die Moslems und Serben diesen Plan ablehnen. Dem Westen geht es nicht um Menschenrechte und Demokratie, jahrelang wurde die Unterdrückung der Kosovoalbaner durch Serbien still geduldet. Jede Lösung auf nationalistischer Basis ist außerdem vollkommen illusorisch. Regionen wie Bosnien Herzegovina kann man ohne Vertreibung und Völkermord nicht aufteilen. Eine westliche Intervention würde Nationalismus und nationalistische Herrscher weiter festigen. Deren Sturz, ob in Zagreb oder Belgrad von unten, mit einer antinationalistischen, sozialistischen Perspektive ist die einzige Überlebenschance für die Bevölkerung am Balkan.

- *) **Nein zur Militärintervention des Westens, egal unter welchem Deckmantel!**
- *) **Schluß mit der antiserbischen Hetze in unseren Medien!**
- *) **Für nationales Selbstbestimmungsrecht - gegen Nationalismus und Kapitalismus!**
- *) **Weg mit Tudjmann, Milosevic und Izetbegovic - für gemischtnationale Verteidigungsmilizen!**
- *) **Für eine demokratische und sozialistische Balkanföderation!**

John Evers
aus der SJ ausgeschlossen

Die Ursachen für den Balkankrieg...

.....liegen weit zurück. Einerseits war es die jugoslawische Bürokratie, die echte Arbeiterdemokratie und eine harmonische gesamtjugoslawische Entwicklung, trotz Planwirtschaft unmöglich machte. Andererseits blutete der Westen, besonders während der 80er Jahre Jugoslawien systematisch aus. Jugoslawien wurde zum Nettokapitalexporteur.

Mitte der 80er nahm Belgrad auf Druck

von IWF und Weltbank Kurs auf die Restauration des Kapitalismus. Für die Massen bedeutete das Inflation, Arbeitslosigkeit und Armut. Als mehrere gesamtjugoslawische Versuche der Arbeiterklasse (Streiks), sich zu wehren, scheiterten, gewannen die nationalistischen Kräfte an Boden. Auf der einen Seite Milosevic, auf der anderen Leute wie Tudjmann, die von Unabhängigkeit sprachen und sich in Abhängigkeit der BRD begaben.

Einig war man sich ab diesem Zeitpunkt nurmehr darüber, daß der Kapitalismus wieder eingeführt werden sollte. Die Belgrader Clique sah den Weg dafür in einem Gesamtjugoslawien; Kroatiens, Sloweniens und Bosniens Herrschaft in einem jeweils "eigenständigem" Weg. Dieser Interessenskonflikt eskalierte dann bald im Krieg, der von allen Seiten benutzt wurde und wird, um über das wirtschaftliche Chaos, das die Restaurationsversuche verursacht haben, hinwegzutauschen.

Somalia: Bringt die UNO Frieden?

Hungersnot und Bürgerkrieg; so könnte man den momentanen Zustand Somalias beschreiben. Somalia ist ungefähr so groß wie Frankreich, hat aber nur sechs Millionen Einwohner. Doch nun ist die UNO in Somalia, um humanitäre Hilfe zu sichern, wie man uns glaubhaft machen will. An der "Operation Hoffnung" sind rund 40.000 UNO-Soldaten aus 12 Ländern beteiligt, allein 80% davon aus den USA.

Nun stellt sich die Frage, was der US-Imperialismus unter dem Deckmantel der UNO wirklich am Horn von Afrika will. Die Situation in Somalia unterscheidet sich kaum von der Situation vieler anderer Länder der Ex-Kolonialen Welt. Hungersnot und Bürgerkrieg gibt es in vielen Ländern. Was ist also der wahre Grund für die Militärintervention von UNO/USA. Entscheidend ist die strategisch wichtige Lage (Nähe zum Golf und Mittleren Osten) Somalias. Außerdem braucht die Rüstungsindustrie, die wesentlich zur Erholung der US-Wirtschaft beitrug, wieder neue Einsatzgebiete, da Clinton mit Kürzungen im Rüstungsbudget drohte.

Revolution und Konterrevolution in der Vergangenheit

Schon in der Vergangenheit war diese Region vom Imperialismus heiß umkämpft. Während in den 60er Jahren Somalia von der UdSSR ausgerüstet wurde, arbeitete Äthiopien eng mit den USA zusammen. In Somalia entsagte 1969 die Armee und Mohamed Siyad Barre regierte diktatorisch. Die Zusammenarbeit mit der UdSSR wurde ausgebaut und die "Somali Revolutionary Socialist Party" gegründet (1976).

1974 begann die Revolution in Äthiopien, die mit dem Bruch mit den USA endete (1977), und Äthiopien zu einem Ver-

bündeten der UdSSR machte. Im Ogadenkrieg (1977/78) zwischen Somalia und Äthiopien, in dem Somalia den somalisch bewohnten Teil des Grenzgebiets erobern wollte, unterstützte die UdSSR Äthiopien. Dies hatte eine vernichtende Niederlage Somalias und eine Schwächung der Militärregierung zur Folge. Von nun an wurde Somalia zu einem Verbündeten der USA, die auch den Diktator unterstützten und an der Macht hielten. Den Bündniswechsel ließ sich der Westen einiges kosten. So wurde Somalia zum Land mit den größten pro Kopf Entwicklungszahlungen. Die enormen Entwicklungsprojekte und Nahrungsmittellieferungen führten das Land aber nur in verstärkte Abhängigkeit. Auch die Auslandsschulden stiegen drastisch an. In den 80ern wurden verschiedene bewaffnete Oppositionsgruppen gegründet, unter ihnen die "Somali National Movement (SNM)", die 1988 zum Ausbruch des Bürgerkriegs im Norden des Landes beitrug. Später griff der Bürgerkrieg auf das ganze Land über und führte schließlich zum Sturz des Barre-Regimes.

Die 1990/91 gebildete Übergangsregierung konnte den Bürgerkrieg nicht stoppen, da die verschiedenen Clans sich nicht auf eine Aufteilung der Macht einigen konnten.

UNO-Zuerst nein - dann ja

Noch im Herbst dieses Jahres schlossen die UNO/NATO eine militärische Intervention, die damals von Hilfswerken gefordert wurden, aus. Verschiedene Hilfsprojekte wurden sogar von Regierungen boykottiert und die Arbeit behindert. Doch nun sind die vorwiegend amerikanischen UN-Truppen doch einmarschiert und müssen gegen die von ihren Regierungen hochgerüsteten "Banden" kämpfen. Doch die imperialistischen Truppen stoßen bei der islamischen



Bevölkerung auf Ablehnung. So wurde auch UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali nicht gerade freundlich empfangen; er wurde von steinewerfenden Demonstranten am Besuch des UNO-Hauptquartiers in Mogadishu gehindert. Der scheidende US-Präsident Bush sagte zwar, daß die US-Truppen am 20. Jänner abgezogen werden sollen, laut CIA werden die Truppen aber so lange bleiben, "bis sich Somalia selbst regieren kann" - und das wird wohl kaum bis zum 20. Jänner der Fall sein.

Auswirkungen der Militärintervention

Auch wenn die imperialistische Intervention eine kurzfristige Verbesserung der Lage mit sich bringt, wird kein einziges Problem dadurch gelöst. Hunger und Bürgerkrieg haben im Grunde nichts mit Stammes rivalitäten zu tun. Sie liegen wie überall in der 3. Welt an der Struktur - Abhängigkeit und Ausbeutung.

Der einzige Weg aus der Krise wäre eine sofortige Schuldenerlastung der Staaten der Ex-Kolonialen-Welt sowie der Aufbau einer demokratisch geplanten Wirtschaft, die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und nicht auf die Profite der Multis Rücksicht nimmt.

Richard Klug, Vorsitzender der SJ 6

Wohnen: Wahnsinn mit Methode

“Wohnungen müssen wieder erschwinglich werden und der Wohnungsfehlbestand muß beseitigt werden” - so stand's noch im Koalitionsabkommen der Regierung. Doch was die Regierungsparteien jetzt als neues Mietrecht ausverhandelt haben, ist das genaue Gegenteil.

In den letzten 10 Jahren haben sich z.B. die durchschnittlichen Wohnungskosten in Wien verdoppelt. Jetzt will die Regierung die Mietzinsobergrenzen abschaffen und durch ein kompliziertes “Angemessenheitsprinzip” ersetzen. Mit Dutzenden Zu- und Abschlägen, nicht nur für die Ausstattung, sondern auch für die Lage der Wohnung, soll dann die gesetzlich zulässige Miete ermittelt werden. Das heißt z.B.: Die Stadt baut mit Steuergeldern eine U-Bahn und der Hausherr kann für die “gute Verkehrslage” gleich um ein paar Prozent mehr Miete kassieren.

Erfahrungen aus Deutschland zeigen, daß fast jeder Vermieter bei unklarer Mietzinsbegrenzung (so wie oft auch bei klarer) erst einmal eine höhere Miete einhebt. Es liegt dann am Mieter, ein Herabsetzungsverfahren zu beginnen, wenn er nicht noch mehr geschröpft werden will.

Dabei werden auch jetzt nur im Durchschnitt die Hälfte der Mietzinseinnahmen für Investitionen aufgewendet, selbst in den schlechtesten Gebäuden ist es kaum mehr. Ganz zu schweigen von den verbotenen Ablösen, von denen natürlich kein Groschen dem Haus zugute kommt. Das alles heißt, daß genug Geld vorhanden wäre; man müßte die Hausherrn nur zwingen, es für die Erhaltung der Häuser zu verwenden.

Wer soll die größeren Profite der Haus-

herren bezahlen? Wenn es nach dem Willen der Regierung geht - die Steuerzahler. Anstatt die Reichen höher zu besteuern und die Gelder dann für den Wohnungsbau zu verwenden, sollen die Mietobergrenzen aufgehoben und die Steuergelder für Beihilfen verwendet werden, die dann so in die Taschen der Hausherrn wandern. Rund acht Milliarden Schilling sollen jährlich als Wohnkosten-Zuschuß vom Staat bezahlt werden, das wäre dreimal soviel wie bisher und das wären dann nur die “Almosen” für die schlimmsten sozialen Härtefälle.

Die Regierung könnte (wird wahrscheinlich, wenn wir es nicht verhindern) z.B. im Zuge des angestrebten EG-Beitritts in Salamtaktik, unter dem Vorwand der An-

passung an die “europäischen Normen”, die Beihilfen scheinbarweise kürzen. Der von der Regierung vorangetriebene Sozialabbau würde auch vor der Wohnbeihilfe nicht Halt machen. Wohnen ist ein Grundrecht, und nichts, womit Profite gemacht werden dürften!

Heinz Weingartner SJ 6

**Spendet für
VORWÄRTS
PSK 8812.733**

Dafür kämpft Vorwärts:

- * **Sofortige Einführung der 35-Stunden Woche bei vollem Lohn!**
- * **12.000.- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!**
- * **Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!**
- * **30 m2 Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!**
- * **Rigoreuse Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!**
- * **Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!**
- * **Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!**
- * **Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!**
- * **Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!**
- * **Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!**
- * **Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!**

Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen ○

Name

Anschrift



ICH MÖCHTE:

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50.- ÖS

10 Ausgaben zu 100.-ÖS

ein VORWÄRTS-Förderabo
zuÖS beziehen

Auslandsabo (5 Ausgaben: 80.-)

Einsenden an:
Verein Vorwärts zur sozialistischen
Demokratie
PF2, A-1082 Wien